



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Sonderstellung des Netzedistrikts

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Sonderstellung des Nehedistrikts



nter den mit der ersten Teilung Polens 1772 an Preußen gefallenem Teilen Polens befand sich außer Polnisch-Westpreußen und Ermiland auch der Nehedistrikt, der somit derjenige Teil der heutigen Provinz Posen ist, der am frühesten an Preußen gelangte (der übrige Teil 1793). Die Grenze verlief so, daß die letzten preußischen Städte Żelehne, Radolin, Budzin, Margonin, Erin, Żnin, Gonsawa, Modgino, Dembitz, Strelno und Gniwotowo waren. Bis zum Jahr 1807 hat der durch die erste polnische Teilung an Preußen gefallene Teil unserer heutigen Provinz Posen unter dem Namen Nehedistrikt zur Provinz Westpreußen gehört. Durch ihn wurde die Verbindung des altpreußischen Kronlandes mit der Mark Brandenburg hergestellt. Der Flächeninhalt des Nehedistrikts betrug 132 Quadratmeilen, die Einwohnerzahl bei der Übernahme etwa 84 000 Seelen. 1776 war die Einwohnerzahl auf 140 080, 1785 auf 163 070, 1788 auf 180 236, 1793 auf etwa 200 000, 1804 auf 229 388 gestiegen. Bei der Übernahme wohnten auf der Quadratmeile durchschnittlich 763 Menschen. Zwischen der Neze, Weichsel, Drage und der Pomerellerschen Grenze zählte man 27 Städte. Bromberg zählte bei der Vestierung kaum 400 bis 500 Einwohner, nach 10 Jahren 2562 ohne Garnison, 1816 6000, 1868 über 27 000. Der Nehedistrikt wurde getrennt von dem übrigen Westpreußen verwaltet. Als oberste Verwaltungsbehörde wurde in Bromberg eine Kammerkommission unter von Brenkenhof errichtet, aus der 1775 die Kriegs- und Domänenkammer-Deputation hervorging. Sie hatte mit der westpreußischen Domänenkammer zu Marienwerder einen gemeinschaftlichen Chefpräsidenten, unterstand aber in allen übrigen Beziehungen direkt dem Generaldirektorium in Berlin. Erst 1791 wurde für die gesamten preußischen Lande ein Oberpräsident eingesetzt, dem die Kriegs- und Domänenkammern zu Königsberg, Gumbinnen, Marienwerder und Bromberg unterstanden. Unter der Kammerdeputation standen die vier landrätlichen Kreise Krone, Kamin, Bromberg und Snowrazlaw. Die Verwaltung der Zölle hatte unabhängig davon ihre Zentralstelle in der Provinzial-, Akzise- und Zolldirektion in Jordan. Seit 1782 bildete das Hofgericht in Bromberg das oberste Landesgericht für den Nehedistrikt. Bei der Übernahme zählte der Nehedistrikt 47 Städte, von denen 24 unter königlicher, 23 unter adliger Oberhoheit standen. 1775 setzte das Kolonisationswerk ein. In fünf Jahren siedelten sich 531 Kolonistenfamilien an.

Als 1793 der Rest der heutigen Provinz Posen nebst Teilen des bisherigen Russisch-Polen an Preußen kamen, wurden Teile des neuen Gebietes als drei Departements von Südpfeußen angegliedert, die Sonderstellung des Nehedistrikts blieb vorläufig aber verwaltungstechnisch gewahrt. Die Kultivierung und Germanisation der neuen Gebiete gelang nicht in demselben Maß wie beim Nehedistrikt, nach dessen Muster die Verwaltung im wesentlichen eingerichtet wurde. Nach der preußischen Niederlage von 1806 erschien Napoleon selbst in Südpfeußen und wurde von den Polen mit Jubel als Befreier empfangen. Eine Ausnahme machte dabei der Nehedistrikt, der seine Anhänglichkeit an Preußen und seinen Wunsch bei Preußen zu bleiben kundgab. Die Preußen abgenommenen Gebiete, zu denen auch ein Teil des Nehedistrikts gehörte, wurden als Großherzogtum Warschau zusammengeschlossen. Bromberg wird eines von sechs Departements. 1815 wurde ursprünglich der ganze Nehedistrikt zum neuen Großherzogtum Posen geschlagen, doch blieben späterhin die Kreise Deutsch-Krone und Kamin bei Westpreußen. In Bromberg wird eine eigene Regierungskommission eingerichtet, der die Kreise Bromberg, Snowrazlaw, Gnesen, Wogrowitz, Schneidemühl, der preußisch gewordene Teil des Kreises Powidz und die zur Provinz Posen geschlagenen Teile der Kreise Kamin und Deutsch-Krone unterstellt werden. Der Regierungsbezirk Bromberg zählte 214,83 Quadratmeilen.

Mit dem Übergang des Nehedistrikts in den Regierungsbezirk Bromberg als Verwaltungsteilgebiet der Provinz Posen nimmt seine offizielle Sonderstellung

ein Ende. Dagegen tritt er in der Revolution von 1848 nun politisch gewissermaßen von unten her, seinem Sondercharakter nach, in Erscheinung. Die Märzrevolution brachte den polnischen Separatismus zum Aufflammen. Im Einvernehmen mit weitesten Kreisen der deutschen Demokratie machten die Polen das Anrecht auf Wiedererrichtung des selbständigen Polenstaates geltend. Die Regierung antwortete am 7. März mit der Verhängung des Belagerungszustandes, der jedoch schon am 22. März wieder aufgehoben wurde. Das Deutschtum in der Stadt Posen zeigte nicht viel Rückgrat, immerhin bildete sich am 23. März in Posen ein „Komitee zur Wahrung der deutschen Interessen“, das Fühlung auch mit dem Deutschtum der Provinz suchte. Sonst gingen zunächst aus Westposen (Schrimm, Meseritz, Birnbaum) Adressen an den König ab, die das Verbleiben unter Preußen verlangten, unter Anschluß an die Provinz Brandenburg. Am 26. März wurde von Bromberg aus eine Proklamation an die deutschen Mitbürger im Großherzogtum Posen erlassen. Am 29. März versammelten sich die Deutschen aus dem Nehedistrikt, bewaffneten sich und verlangten Teilung der Provinz nach Nationalitäten und Abtrennung vom Posener Provinzialverbande.

Die Probleme, die damit in die allgemeine Erörterung rückten, waren die Frage der nationalen Reorganisation, nämlich der offiziellen kulturell verwaltungsmäßigen Kolonisierung der Provinz Posen oder einzelner ihrer Teile, die Frage der Aufnahme Posens in den Deutschen Bund und der Beteiligung von Posener Abgeordneten an der Nationalversammlung in Frankfurt, schließlich die Frage der Demarkationslinie innerhalb Posens, die den zu reorganisierenden Teil vom deutschbleibenden abtrennen sollte. Die Polen organisierten ihrerseits ein Nationalkomitee, bewaffneten unter der Hand die Bevölkerung und sprengten Gerüchte über bevorstehenden Einmarsch von Truppen aus Russisch-Polen aus. Die Stellung der Polen wurde noch verstärkt durch den Kommissar der königlichen Reorganisationskommission, General von Willisen, der durch seine schwächliche Nachgiebigkeit gegenüber den Polen sich die öffentliche Beschimpfung von seiten der deutschen und jüdischen Einwohnerschaft Posens zuzog. Die Regierung in Bromberg wies die ihr unterstellten Behörden an, seinen Anordnungen nicht Folge zu leisten. Die Regierung betrieb weiterhin den Anschluß der außerdeutschen Provinz an den Bund. Der ständisch gebildete Provinziallandtag lehnte den Anschluß ab. Dagegen lehnte sich die Bevölkerung der deutschen Teile auf. Am 9. April fand in Schneidemühl eine Volksversammlung der Kreise Bromberg, Wirfzig, Kolmar, Czarnikau, Dornik statt, die von Abgeordneten der Stadt Schneidemühl, Ufch, Kolmar, Samotschin, Czarnikau, Filehne, Schönlanke und der umliegenden Landgemeinden gut besetzt war. Diese Versammlung wählte einen permanenten Ausschuß für den Nehedistrikt, legte gegen die Anwendung der Reorganisation auf dem Nehedistrikt Protest ein und forderte die Einverleibung in Westpreußen und den Deutschen Bund, ferner für die anderen Deutschen der Provinz eine bessere Garantie ihrer Nationalrechte als durch Willisens Vorarbeiten. Am selben Tage erließ die Versammlung eine Petition an den Bundestag um Aufnahme der ganzen Provinz Posen in den Deutschen Bund. Die Erregung gegen die offizielle Politik der Krone war so groß, daß die Proklamation einer eigenen Regierung für den Nehedistrikt als Möglichkeit in die Nähe rückte. Unter dem Druck dieser Stimmungen erreichte die preußische Regierung die Aufnahme von Ost- und Westpreußen in den Deutschen Bund am 11. April. Am 14. April befahl der König tatsächlich, das vorherrschend deutsche Gebiet, nämlich die Kreise des ehemaligen Nehedistrikts Inowrazlaw, Schubin, Bromberg, Wirfzig und teilweise die Kreise Czarnikau, Kolmar, Wongrowitz, Mogilno, und aus dem Regierungsbezirk Posen die vier Kreise Birnbaum, Meseritz, Bomst, Fraustadt zur Einverleibung in den Deutschen Bund vorzuschlagen und die Wahlvorbereitungen dort zu treffen. Der Nehedistrikt forderte dagegen in einer Petition vom 15. April in Bromberg die Einverleibung ganz Posens in den Deutschen Bund unter Berufung auf den souveränen Willen der gesamten Bevölkerung in den deutschen Kreisen und auf vorherrschende Stimmungen im

polnischen Bauernstand. Das polnische Nationalkomitee betrieb die Wahlen zu einem besonderen Landtag in Posen, während das deutsche Nationalkomitee in ganz Posen die Wahlen zur Nationalversammlung ausschrieb. Am 26. April bestimmte der König noch genauer die Abgrenzung seiner Kabinettsorder vom 14. April. Die damit gezogene Demarkationslinie beruhte teils auf ethnischen, teils auf strategischen Gesichtspunkten. Durch sie wurde die Festung Posen und mit ihr ein Teil des überwiegend polnischen Kreises Posen noch zu dem deutschen Gebiet zugezogen, das nun aus dem Nezedistrikt mit Ausnahme eines Teiles des Kreises Inowrazlaw, aus den Kreisen Birnbaum, Meseritz, Bomst, Fraustadt, Samter, Buf, dem westlichen Teile der Kreise Dornik und Posen mit Stadt und Festung Posen, dem südlichen Teil der Kreise Kröben und Krotoschin und der Stadt Kempen bestehen sollte. Der übrige Teil sollte polnische Verwaltung unter einem besonderen polnischen Regierungspräsidenten erhalten. Unter Bezugnahme auf die Kabinettsorder vom 14. April nahm der Bundestag am 22. April die dort bezeichneten Teile Posens nebst einem Teil der Kreise Buf und Kröben mit zusammen fast 600 000 Einwohnern in den Deutschen Bund auf, am 2. Mai dazu ferner unter Bezugnahme auf die Kabinettsorder vom 26. April die Stadt und Festung Posen mit dem dort bezeichneten Teil der Provinz mit fast 280 000 Einwohnern. Eine vorläufige Demarkationslinie auf Grund der Arbeiten des Generals Pfuell wird am 12. Mai veröffentlicht.

Die ganze Posener Frage wurde dagegen in den Verhandlungen des Vorparlamentis und der Nationalversammlung aufs neue aufgerollt. Die technische Seite der Abgrenzungsfrage kommt auf dem Vorparlament noch nicht zur Erörterung. Dort stehen sich aber bereits die liberal-humanitären Polenschwärmer und die Verfechter deutschnationaler und strategischer Gesichtspunkte gegenüber. Auf den Vorschlag Heinrich von Gagerns wird die Abgrenzung noch nicht vorgenommen, die Frage der Zulassung der Posener Abgeordneten zur Nationalversammlung dem Legitimationsausschuß überlassen. Im Fünzigser-Ausschuß, der die Nationalversammlung vorbereiten soll, fordert die Rechte die Anerkennung der Bundestagsbeschlüsse vom 22. April und vom 2. Mai betr. Einbeziehung der deutschen Teile Posens in den Deutschen Bund. Auch der Ausschuß überweist die Frage der Nationalversammlung zur endgültigen Entscheidung. Die Wahl zur Nationalversammlung kommt in dem diesseits der Demarkationslinie gelegenen Teil Posens im Laufe des Mai zustande. Auf der Eröffnung des Parlaments am 18. Mai waren acht Vertreter aus Czarnikau-Kolmar, Birnbaum-Meseritz, Fraustadt-Bomst, Hohensalza, Schubin, Bromberg-Wirfzig, Bomst-Meseritz, Wirfzig-Kolmar anwesend. Die Vertreter für Posen Stadt und Land, Krotoschin und Buf-Samter trafen erst später ein. In einem polnischen Wahlprotest war immerhin die Bereitwilligkeit ausgesprochen, alle Landstriche an Deutschland abzutreten, wo sich die Mehrzahl der Bevölkerung dafür erklären würde. Der Kampf um die Teilnahmeberechtigung der Posener Abgeordneten zog sich noch lange hin, endigte aber mit dem Sieg des Deutschtums, wobei 71 Abgeordnete der Linken sich der Stimme enthielten. Die endgültige Festlegung der Demarkationslinie wurde weiteren Erhebungen durch die Reichszentralgewalt vorbehalten.

Am 26. Oktober verwarf dagegen die preussische Nationalversammlung in Berlin den Gedanken einer Demarkationslinie und beschloß auf den Antrag der Linken, das Verhältnis der Provinz Posen zu Preußen solle bleiben wie bisher, wobei in dem deutschen Teil eine große Erregung entstand. In Bromberg berief der Zentralbürgerausschuß am 5. November eine Volksversammlung, die sich für den Frankfurter Standpunkt der Absonderung des deutschen vom polnischen Teile und des engen Anschlusses des deutschen Gebietes an Deutschland aussprach. Es gingen eine Reihe Proteste nach Berlin, unter anderem vom deutschen Bürgerverein und vom Kreisbürgerausschuß in Bromberg und vom Zentralausschuß für Wahrung deutscher Interessen im Westgürtel von Deutsch-Posen zu Meseritz. Die Frankfurter Nationalversammlung erkannte die Berliner Beschlüsse nicht an. Unterdessen waren die Ermittlungen betreffs der neuen Demarkationslinie zum

Abschluß gelangt, das Ergebnis wurde am 30. November der Nationalversammlung in Frankfurt vorgelegt. Die neue Demarkationslinie wich von der Pfuelschen hauptsächlich in der Grenze durch die Kreise Mogilno, Frauastadt, Krotoschin, in der Festlegung des Rayons der Festung Posen, in betreff der Berücksichtigung von Wünschen deutscher Ortschaften in den Kreisen Mogilno, Wongrowitz, Schroda, Schrimm, Frauastadt, Kröben, Krotoschin, Adelnau und Schildberg ab. In dieser Richtung wurde die Grenze weitergerückt. Diese Linie wurde am 6. Februar 1849 von der Nationalversammlung angenommen. Damit war die Gleichberechtigung der Posener Abgeordneten mit den übrigen und die Aufnahme des vorwiegend deutschen Teiles der Provinz in den Deutschen Bund durchgesetzt.

Nach dem Scheitern der deutschen Nationalbewegung wurde der Gedanke einer Verwaltungstrennung in Posen durch die preukische Verfassung vom 5. Dezember 1849 verworfen. Diese schloß die provinziale Selbständigkeit aus. Auch von der nunmehr einberufenen Ständeversammlung wurde der Demarkationsgedanke endgültig abgelehnt. Seitdem tritt die Sonderstellung des Regedistrikts und der anderen ausgesprochen deutschen Gebiete der Provinz Posen verwaltungsmäßig nicht mehr zutage.



Das Kernproblem des neuen Entwurfs der Reichsverfassung

Von Dr. Heinrich Otto Meisner



Am 20. Januar hat der Staatssekretär des Innern, Professor Hugo Preuß, seinen „Entwurf des allgemeinen Teils der künftigen Reichsverfassung“ veröffentlicht lassen, und schon nach wenigen Tagen war der Parteien Günst und Haß an seinem Werke lichterloh entflammt. Vorerst fast ausschließlich an jenen Parteien, die das „Kernproblem der künftigen inneren Gestaltung Deutschlands“, wie es Preuß in einer dem Entwurf vorangeschickten „Dentschrift“ ausdrückt, behandeln, nämlich die Frage nach dem „Fortbestande eines preukischen Einheitsstaates innerhalb der künftigen deutschen Republik“. Aus später zu erwähnenden Gründen wird diese Frage vom Verfasser des Entwurfs verneint und einer „Auflösung“ Preußens das Wort geredet. Die verfassungsrechtliche Handhabe dazu soll der rasch bekannt gewordene § 11 bieten, wonach es dem deutschen Volke freisteht, ohne Rücksicht auf die bisherigen Landesgrenzen, neue deutsche Freistaaten — von mindestens zwei Millionen Einwohnern — innerhalb des Reiches zu errichten.¹⁾ Also, wie es scheint von antlicher Seite eine Unterstützung der Vatockischen Ideen, die vor einigen Wochen an dieser Stelle einer kritischen Betrachtung unterzogen wurden.

Staatssekretär Preuß hat selber zugegeben, daß der Termin der Veröffentlichung seines Entwurfs insofern kein glücklicher war, als sich sofort die parteipolitische Agitation dieses Themas bemächtigte, um es strupellos in tendenziöser Weise auszubenten. Von rechts wurden seine Vorschläge nur unter dem negativen Gesichtswinkel einer Zertrümmerung der preukischen Einheit angesehen, und diese angebliche Preukenfeindschaft der Deutschen demokratischen Partei, deren Kandidat Preuß war, als Ganzen in die Schuhe geschoben, während diese den unbequemen

¹⁾ Ursprünglich war im Reichsamt des Innern ein Projekt ausgearbeitet worden, das die so entstehenden neuen Teilstaaten — sechzehn an der Zahl — geographisch näher bezeichnete. Seine Aufnahme in den Verfassungsentwurf unterblieb aber, um der Entcheidung der Bevölkerung nicht vorzugreifen. (Zrf. Btg.)